



Presseinformation

Frei zur Veröffentlichung: sofort

Datum: 26.08.2010

SPD und CDU für mehr Bürgerbeteiligung

(Rödermark) Die Kooperation von SPD und CDU hat zur nächsten Stadtverordnetenversammlung erneut weitere gemeinsame Anträge eingereicht. Gefordert werden u.a. ein Mehr an Bürgerbeteiligung und die Suche nach geeigneten Flächen zur Realisierung von Mehrgenerationenhäusern.

Das Thema Bürgerbeteiligung habe beide Fraktionen schon länger beschäftigt. Nun sei es angesichts der Gesamtsituation in Rödermark an der Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen. Nach Ansicht von Michael Gensert (CDU) müsse die unmittelbare und aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen in Zukunft stärker in den Fokus rücken. „Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass die bisherigen Beobachter künftig zu Akteuren werden“, beschreibt Gensert die Stoßrichtung des Antrags. „Die Stadt Rödermark nimmt wichtige und notwendige Aufgaben, für ihre Bürgerinnen und Bürger wahr. Wir verstehen die Bürgerbeteiligung an der Gestaltung der eigenen Lebenswelt als ein selbstverständliches Gebot der Demokratie“, begründete SPD-Fraktionschef Lauer das gemeinsame Ziel, „und ihre Einmischung in ihre eigenen Angelegenheiten als kritische Begleitung, Hilfe und Unterstützung für die Politik vor Ort“. Damit werde das Verständnis und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für wichtige Weichenstellungen verbessert und die Transparenz der Entscheidungen erhöht, so Lauer.

Der Magistrat solle zunächst aufzuzeigen, wie die Bürgerinnen und Bürger bereits zur Einbringung des Haushalts 2011 umfassender über die wesentlichen Inhalte des Haushaltsplans und evtl. Konsolidierungsüberlegungen informiert werden können. Die Möglichkeiten zur Information und Bürgerbeteiligung sind nach Vorstellungen von SPD und CDU in die Prüfung des Antrages mit einzubeziehen. Bis zur Jahresmitte 2011 soll dann ein Vorschlag entwickelt werden, wie die Bürgerbeteiligung generell aussehen könne. Nach der Kommunalwahl 2011 solle die Beschlussfassung erfolgen.

In einem zweiten Antrag wollen CDU und SPD vom Magistrat erfahren, welche geeigneten Flächen zur Realisierung von Mehrgenerationenhäusern im Stadtgebiet zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollen die bisher von der „Arbeitsgruppe Mehrgenerationenhaus“ vorgestellten Konzepte für den Standort Kapellenstraße einer näheren Betrachtung unterzogen und deren Realisierbarkeit bewertet werden. Ergebnisse will man hierzu im zuständigen Ausschuss für Bau, Umwelt, Sicherheit und Infrastruktur präsentiert bekommen.

Lauer und Gensert betonten hierzu, dass auch in Rödermark die demografischen Entwicklungen dazu führten, über derartige Formen des Zusammenlebens nachzudenken. Vordergründig seien bei einer Realisierung familienorientierte Aktivitäten und Dienstleistungen für Jung und Alt zu bedenken. Daher sei es folgerichtig, nicht abzuwarten, sondern vorausschauend für Investoren und Initiativen geeignete Flächen bereitzustellen.

„Die Kooperation funktioniert hervorragend“, erklärten die Fraktionschefs Michael Gensert, (CDU), und Armin Lauer, (SPD) abschließend. Mit ihren beiden Anträgen zu zentralen Themen der Kommunalpolitik werde dies erneut deutlich unter Beweis gestellt.

Bei Rückfragen oder für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Fraktionsvorsitzenden der SPD bzw. CDU:

Armin Lauer
0173 – 3016161
lauer@spd-roedermark.de

Michael Gensert
0176 - 10147700
m.gensert@t-online.de